



HESSISCHER LANDTAG

20.12.2005

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung
anderer Rechtsvorschriften in der Fassung der Beschlussempfehlung
des Haushaltsausschusses vom 07.12.2005**

Drucksache 16/4934 Drucksache 16/4584

- Einzelplan 05 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte

Zu Titel 459 03 Entschädigung der Vollstreckungsbeamten

Der Ansatz von 20.895.500 Euro wird um
2.000.000 Euro auf 18.895.500 Euro
reduziert.

Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Begründung:

Bei vollständiger Privatisierung des
Gerichtsvollzieherwesens kann dieser Titel
reduziert werden. Zu Beginn der
Umsetzungsphase können Einsparungen in
Höhe von ca. 2 Millionen Euro entstehen.

Wiesbaden, 2. Dezember 2005

Der Fraktionsvorsitzende:
Jörg-Uwe Hahn